



Nr. 38

22. November 2024

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

dbb senioren

[Altengerechte Quartiere: Klitzing will konkrete Verbesserungen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hessen

[Besoldung: Beamtinnen und Beamte demonstrieren](#)

Berlin

[Besoldung: Entscheidung im Koalitionsausschuss](#)

Schleswig-Holstein

[Verwaltungsinformatikdienst soll kommen](#)

Hamburg

[dbb hamburg: Deutscher Anwaltvereins \(DAAV\) aufgenommen](#)

dbb Lehrkräfte

[Schülerinnen und Schüler: Schulbarometer zeigt psychische Belastungen](#)

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM)

[Post: ordnungsgemäße Zustellung nicht mehr gewährleistet](#)

Bundesverbands der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)

[Berufsbildungskongress 2024: Impulse für die berufliche Bildung](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb senioren

Altengerechte Quartiere: Klitzing will konkrete Verbesserungen

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO), der auch die dbb senioren angehören, hat sich bei einer Fachtagung mit „Partizipativer Stadtentwicklung: altersfreundlich, gemeinschaftsfördernd und zukunftsorientiert“ beschäftigt.

Horst-Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung, mahnte am 18. November 2024 in dieser Hinsicht „rasche und nachhaltige Verbesserungen im Leben älterer Menschen“ an: „Ich habe doch zu oft etwas

von ‚Visionen‘ oder auch von ‚Strategieplanung‘ gehört und weniger von gesicherten Erfahrungen und nachhaltigen Verbesserungen im Leben älterer Menschen aktuell.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hessen

Besoldung: Beamtinnen und Beamte demonstrieren

Beamtinnen und Beamte haben am 21. November 2024 in Wiesbaden gegen die Sparpläne der Landesregierung bei der Beamtenbesoldung demonstriert.

Die wütenden Proteste richten sich gegen die Pläne, eine bereits gesetzlich festgeschriebene Besoldungserhöhung im kommenden Jahr um vier Monate zu verschieben. Aufgerufen zu der Kundgebung auf dem Dern'schen Gelände nahe dem Hessischen Landtag hatte der dbb Hessen.

In seiner Ansprache erneuerte der dbb Landesvorsitzende Heini Schmitt seine scharfe Kritik an der Regierung: „Ein bereits beschlossenes Gesetz mit einem Federstrich wieder einzukassieren, und das im mittlerweile elften Jahr verfassungswidriger Besoldung, ist ein massiver Vertrauensbruch.“

Der dbb Landesbund hatte eine von der Fraktion der FDP beantragte aktuelle Stunde im Landtag zur Besoldungspolitik der Landesregierung als Aufhänger für die Demonstration genutzt. Innenminister Roman Poseck kam hinzu, ebenso wie die Generalsekretärin der SPD, Josefine Koebe, sowie FDP-Fraktionsvorsitzender Stefan Naas und der innenpolitische Sprecher der Liberalen, Moritz Promny.

Der Großteil der Demonstrierenden war in seiner Freizeit zur Kundgebung gekommen, da Beamtinnen und Beamte kein Streikrecht haben. Sie hatten also Urlaub genommen oder Überstunden aufgewendet. Auch Tarifbeschäftigte beteiligten sich solidarisch an der Aktion.

Berlin

Besoldung: Entscheidung im Koalitionsausschuss

Der Koalitionsausschuss von CDU und SPD hat seine rüde Absage an einen Angleichungsschritt der Berliner Besoldung an die des Bundes am 18. November 2024 noch einmal überdacht und sich auf eine Änderung des Gesetzentwurfs zur Besoldungsanpassung geeinigt.

Demnach sollen die Berliner Beamtinnen und Beamten einen minimalen Angleichungsschritt von 0,4 Prozent ab Februar 2025 praktisch selbst bezahlen. Denn gleichzeitig sollen die Mittel für Leistungszulagen in der Hauptverwal-

tung komplett gestrichen werden. „Eine Verbesserung sieht anders aus“, sagte dbb Landeschef Frank Becker. „Das Resultat ist nichts Halbes und nichts Ganzes, denn der Anpassungsschritt ist viel zu gering, um Wirkung im

personellen Wettbewerb mit dem Bund zu zeigen und der Wegfall der leistungsbezogenen Bezahllemente ist schlicht leistungsfeindlich, so lange sich die Beförderungssituation nicht grundlegend ändert.“

Wolle man dem „Zahlenspiel“ überhaupt etwas Positives abgewinnen, so müssten zumindest Prioritäten in die richtige Richtung gesetzt werden, denn Maßnahmen gegen den Personal-mangel seien das absolut vorrangige Gebot

der Stunde. Allerdings ist die Koalition mit dem viel zu geringen Angleichungsschritt mal wieder auf halbem Wege stehen geblieben und hat zudem eine neue Baustelle eröffnet, so Becker: „Wir vermissen jeglichen Hinweis darauf, dass der Wegfall der Mittel für die Leistungs-zu-lagen von einer Verbesserung der Beförderungssituation begleitet sein sollen. Leistung muss sich auch im öffentlichen Dienst lohnen.“

Schleswig-Holstein

Verwaltungsinformatikdienst soll kommen

Die Gewinnung von IT-Fachleuten für den öffentlichen Dienst auf dem Arbeitsmarkt stößt häufig an Grenzen. Aktuelle Pläne des Landes decken sich mit den Vorstellungen des dbb sh, die internen Ausbildungsmöglichkeiten im Beamtenverhältnis zu optimieren. Vorgesehen ist ein Vorbereitungsdienst für den Verwaltungsinformatikdienst. Davon könnte der öffentliche Dienst in Schleswig-Holstein durchaus profitieren.

Das Vorhaben „Verwaltungsinformatikdienst“ war Gegenstand der Gespräche des dbb sh mit den für das Dienstrecht zuständigen Ressorts (Staatskanzlei und Finanzministerium), die regelmäßig stattfinden. Geplant ist, den neuen Studiengang an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung ab dem Jahr 2026 anzubieten. Aus Sicht des dbb sh kann das Beamtenverhältnis durchaus dazu beitragen, im IT-Bereich Nachwuchskräfte zu gewinnen. Voraussetzung ist aber – und das gilt für Beamtinnen und Beamten aller Laufbahnen – dass positive Aspekte des Beamtenverhältnisses nicht im Zuge von Haushaltseinsparungen

verblässen, sondern bei den Kolleginnen und Kollegen spürbar ankommen.

In diesem Zusammenhang hat der dbb sh nochmals die Forderung platziert, von der 41-Stunden-Woche abzurücken. Diese werde (auch) von IT-Fachleuten als extrem unattraktiv bewertet.

Gegenstand des Austauschs in der Staatskanzlei waren insbesondere aktuelle Entwicklungen im Dienstrecht, wobei auch der Tarifsektor einbezogen wurde.

Hamburg

dbb hamburg: Deutscher Anwaltvereins (DAAV) aufgenommen

Am 19. November 2024 tagte der Landeshauptvorstands des dbb hamburg und beschloss die Aufnahme des Deutschen Anwaltvereins (DAAV) - Landesverband Hamburg als 24. Mitgliedschaftsgewerkschaft im dbb Landesbund.

Der dbb Landesvorsitzende Thomas Treff informierte außerdem über den Sachstand bei aktuellen Themen im Bereich des Tarif- und Beamtenrechts in Hamburg. Außerdem beschloss der Landeshauptvorstand das Grundsatzzpapier „Öffentlicher Dienst Hamburg 2030“, das nach der Endredaktion der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll.

Mitglied im Haushaltsausschuss), Dennis Paus-tian-Döscher (MdHB, Bündnis 90/Die Grünen, Fachsprecher für Haushalt und öffentlichen Dienst), Sandro Kappe (MdHB, CDU, Fachsprecher für den öffentlichen Dienst) und dbb Landeschef Treff.

Nach der Sitzung erfolgte dann eine Podiumsdiskussion mit Tim Stoberock (MdHB, SPD,

dbb Lehrkräfte

Schülerinnen und Schüler: Schulbarometer zeigt psychische Belastungen

Das am 20. November 2024 veröffentlichte Deutsche Schulbarometer der Robert Bosch Stiftung zeigt die hohe psychische Belastung bei Schülerinnen und Schülern.

Der Deutsche Philologenverband (DPhV) weist in diesem Zusammenhang auf die angespannte Situation der Schulen und der Lehrkräfte. In den Umfragen beklagen weite Teile der Schülerinnen und Schüler unter anderem häufigen Unterrichtsausfall, Sanierungsstau, zu viele Störungen im Unterricht, zu wenig Klassenleiterstunden und zu wenig Feedbackmöglichkeiten. Ein Fünftel der Befragten sieht sich psychisch belastet.

Die DPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing sagte: „Der dauerhafte Lehrkräftemangel, die permanente Überbelastung der Kollegen und Kolleginnen fordern ihren Tribut. Auch wenn viele bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gehen, können sie den Unterricht nicht so gestalten, wie sie gerne würden, was teilweise dazu führt, dass die Unterrichtsqualität nicht mehr im gewünschten Maß gewährleistet werden kann. Die nicht zur Verfügung stehenden Zeit-Ressourcen bekommen die Schüler und Schülerinnen direkt zu spüren. Die meisten Lehrkräfte würden nichts lieber tun, als die Feedback-Arbeit mit ihren Klassen zu intensivieren und regelmäßig Klassenleiterstunden durchzuführen, wenn es sie denn in ihrem Bundesland in ausreichenden Maße gäbe. Wie und wo soll bei den viel zu hohen Stundendeputaten, Lehrkräftemangel, immer größerer Heterogenität in den Lerngruppen und den zahlreichen außerunterrichtlichen Verpflichtungen dafür die Zeit sein? Zudem ist es doch klar, dass sich verfallende Schulgebäude und mangelhafte Infrastruktur weder bei der Schülerschaft noch bei den Lehrkräften positiv auf die Psyche auswirken. Wir können nur an die Politik appellieren, hier endlich ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, um die zugrunde liegenden, offensichtlichen Probleme zu lösen – sowohl kurzfristig als auch langfristig.“

Besonders alarmierend sieht der DPhV den häufigen Unterrichtsausfall, aber auch die Störungen im Unterricht. Die große Mehrheit der befragten Schülerinnen und Schüler (83 Prozent) berichtet davon. Lin-Klitzing: „Mangelnder Respekt gegenüber Lehrkräften belastet

eben nicht nur die Lehrkräfte selbst, sondern auch die Mitschüler und Mitschülerinnen. Wir haben es hier leider mit einem gesamtgesellschaftlichen Problem zu tun. Hier sind auch die Eltern in der Pflicht, ihren Kindern Grundlagen des wertschätzenden Miteinanders zu vermitteln und die Lehrkräfte zu unterstützen, wenn sie entsprechendes Benehmen im Unterricht einfordern.“

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) mahnt bessere Rahmenbedingungen an. „Die Ergebnisse des aktuellen Deutschen Schulbarometers sind alarmierend. Wenn sich mehr als 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen psychisch belastet und in der Schule nicht wohlfühlen, dann müssen wir das sehr ernst nehmen und gegensteuern“, sagte der VDR Bundesvorsitzende Ralf Neugschwender. Seit Beginn der Corona-Pandemie würden Kinder und Jugendliche in einer Dauerkrisenschleife heranwachsen – Ukraine-Krieg, Nahostkonflikt, Klimakrise, wirtschaftliche Rezession, politische Instabilität seien hier unter anderem zu nennen und Zukunftsängste – auch und besonders bei der jungen Generation – die Folge.

„Vieles kann offenbar nicht mehr im Elternhaus aufgefangen werden“, so Neugschwender. „Umso wichtiger wird die Aufgabe der Schulen. Mehr denn je gilt: Auf die Lehrkräfte kommt es an. Sie können ihren Schülerinnen und Schülern Orientierung und Halt geben. Eine vertrauensvolle Lehrer-Schüler-Beziehung kann für Kinder und Jugendliche ein Stabilitätsanker sein. Allerdings müssen dafür auch die Rahmenbedingungen stimmen: Vielerorts fehlt es immer noch massiv an Angeboten in der Schulsozialarbeit und Schulpsychologie. Zudem zeigt die Studie in hoher Dringlichkeit, dass Lehrkräfte mehr Zeit für ihr pädagogisch-didaktisches Kerngeschäft, aber auch für den einzelnen Schüler, die einzelne Schülerin brauchen. Das erfordert eine konsequente Entlastung von nicht pädagogischen Aufgaben, zum Beispiel durch Schulverwaltungs- oder Digitalassistenzen.“

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM)

Post: ordnungsgemäße Zustellung nicht mehr gewährleistet

„Die am Wochenende bekannt gewordenen Beschwerdezahlen in Bezug auf die Brief- und Paketzustellung belegen, dass insbesondere bei der Deutschen Post jetzt schon eine flächendeckende ordnungsgemäße Zustellung nicht mehr gewährleistet ist. Das lässt auch für den Weihnachtverkehr Schlimmes befürchten“, so die DPVKOM-Bundesvorsitzende Christina Dahlhaus am 18. November 2024.

Eine zunehmende Arbeitsverdichtung und immer mehr Zustellabbrüche, eine viel zu hohe körperliche Belastung durch die steigenden Paketsendungsmengen, ständig wechselnde Zustellbezirke und familienunfreundliche Arbeitszeiten – das alles kennzeichnet den Arbeitsalltag von Zustellerinnen und Zustellern der Deutschen Post. Die Folge davon ist, dass zahlreiche Beschäftigte krank sind, beziehungsweise werden oder das Unternehmen – mitunter nach jahrzehntelanger Zustellertätigkeit – auf eigenen Wunsch verlassen. Vor diesem Hintergrund darf sich das Unternehmen nicht wundern, wenn sich immer mehr Kunden bei der Bundesnetzagentur beschweren und die Zustellungsqualität von Briefen und Paketen bemängeln. Dahlhaus weiter: „Die Zustellprobleme bei der Deutschen Post sind hausgemacht. Sie sind Ausdruck einer katastrophalen und völlig verfehlten Personalpolitik. Der Post laufen mittlerweile die Mitarbeiter davon. Das verschärft die ohnehin angespannte Personallage, denn bundesweit fehlen jetzt schon Tausende Zustellerinnen und Zusteller. So

schlimm war es noch nie! Hinzu kommt, dass neue Beschäftigte völlig unzureichend auf die schwierige Zustellertätigkeit vorbereitet werden.“

Die von der Deutschen Post angekündigten 10.000 Aushilfskräfte für die kommenden Wochen helfen da nur bedingt. Viel wichtiger ist es, dauerhaft mehr Personal in der Zustellung einzustellen, dieses Personal bestmöglich auszubilden und sie damit auf den „Knochenjob“ Zustellung vorzubereiten. „Damit der Bereich der Zustellung nicht vollends zusammenbricht, brauchen wir nicht nur eine wirksame Einstellungsoffensive, planbare Arbeitszeiten mit festen freien Wochenenden, sondern beispielsweise auch eine generelle Zwei-Mann-Zustellung bei Paketen ab einem Gewicht von 20 Kilogramm. Diese gesetzliche Regelung, die natürlich für alle Anbieter von Postdienstleistungen gelten muss, wäre endlich mal ein Schritt in die richtige Richtung“, so Dahlhaus.

Bundesverbands der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)

Berufsbildungskongress 2024: Impulse für die berufliche Bildung

Unter dem Motto „Zukunft gestalten“ stand der Berufsbildungskongress des BvLB am 21. und 22. November 2024 in Berlin.

Dabei ging es um die vielfältigen Herausforderungen, denen sich die berufliche Bildung in den kommenden Jahren stellen muss. Pankraz Männlein und Sven Mohr, die beiden BvLB-Bundesvorsitzenden sagte: „Ziel des Kongresses ist es, innovative Ansätze und Lösungen zu entwickeln, um auf die Herausforderungen mit adäquaten, also zukunftsorientierten Antworten reagieren zu können. Insofern ist es überaus erfreulich, mit rund 200 bildungspolitisch bzw. berufs- und wirtschaftspädagogisch

ausgewiesenen Expertinnen und Experten in den Dialog zu treten und sich mit neuen Ideen und Überlegungen auseinanderzusetzen.“

Der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung setzt sich für die Interessen von weit über 120.000 Lehrkräften und etwa 2,4 Millionen Schüler und Schülerinnen ein, die an den berufsbildenden Schulen in Deutschland lehren und lernen.

Namen und Nachrichten

„Gemeinsam mehr erreichen“ ist das Motto des **SBB** - Beamtenbund und Tarifunion Sachsen. Seit über drei Jahrzehnten steht der SBB für die Interessen der Beamtinnen und Beamten, der Tarifbeschäftigten und der gesamten öffentlichen Verwaltung in Sachsen ein. Am 18. November 2024 feierte der dbb Landesbund sein 33-jähriges Bestehen. „Unser Engagement beruht auf einer klaren Vorstellung: Wir

gestalten den öffentlichen Dienst mit - solidarisch, nachhaltig und zukunftsorientiert. Mit unserer Arbeit sorgen wir dafür, dass die Belange unserer Mitglieder Gehör finden und die Wertschätzung für den öffentlichen Dienst wächst“, hieß es dazu vom SBB.

Termine:

5. - 7. Januar 2025

dbb Jahrestagung

Deutschland im Wahljahr – Fragen und Erwartungen

Weitere Informationen unter www.dbb.de

24. Januar 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 1. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

17. - 18. Februar 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 2. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

14. - 16. März 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 3. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de
